

26. Oktober, MZ

Hausbesetzer gehen vor Gericht

Münster - Die Räumung des besetzten ehemaligen Gesundheitsamtes im April diesen Jahres hatte gestern ein erstes Nachspiel vor Gericht. 15 junge Leute - neun Männer und sechs Frauen - verließen am 19. April frühmorgens nach Aufforderung der Polizei das Haus an der Robert-Koch-Straße 27. Freiwillig, wie gestern ein als Zeuge geladener Polizist vor dem Amtsrichter bestätigte.

Die Stadt hatte am 18. April 2001 Strafantrag wegen rechtswidriger Besetzung gestellt. Daraufhin kündigten die Beamten die Räumung des vom 13. April an besetzten Gebäudes an. Die Besetzer räumten freiwillig das Feld. Entgegen der Ankündigung der Polizei wurden die letzten 15 verbliebenen Personen zur erkennungsdienstlichen Behandlung ins Präsidium gebracht.

Gestern nun wurde gegen eine beteiligte 21-jährige Münsteranerin verhandelt. Sie hatte gegen den Strafbefehl wegen Hausfriedensbruch über 600 DM Widerspruch eingelegt, so der sie vertretende Rechtsanwalt. Die Studentin wollte mit den anderen Besetzern ein selbstverwaltetes sozial-kulturelles Zentrum in der damals ungenutzten städtischen Liegenschaft einrichten. Die Gruppe sei der Aufforderung zur Räumung durch die Stadt Münster zunächst nicht nachgekommen, der angedrohten Zwangsäumung sei dann aber freiwillig Folge geleistet worden, trug der Staatsanwalt gestern vor.

Eine Entscheidung traf der Vorsitzende Richter allerdings noch nicht. Er legte das Verfahren gegen die junge Frau mit dem eines weiteren Beklagten zusammen, der ebenfalls Einspruch gegen den Strafbefehl eingelegt hatte. Zur Fortsetzung des Verfahrens werden alle an der Umstellung des Hauses beteiligten Polizeibeamten als Zeugen geladen sein, so der Vorsitzende Richter gestern.

Michael Neumann

19./25. Oktober

Neues von den Prozessen gegen die HausbesetzerInnen !!!!

Am Donnerstag, den 25.10. wird nun die erste Verhandlung von einer der 15 HausbesetzerInnen stattfinden. Alle die das lesen, sollten auch kommen und am besten noch ein paar Leute mitbringen, denn "solidarische Bürger" sind hier gern gesehen!! Also, stellt euch den Wecker, denn um 09.00 ist Treffpunkt, direkt vor dem Amtsgericht, Gerichtsstrasse 2!!!! (Bei so vielen Ausrufezeichen wird mensch ganz atemlos!!!!!! Red.)

10. Oktober

Castor in Münster gestoppt

Acht pfiffige Menschen brachten heute früh gegen 8 Uhr den Castor-Transport für 10 Minuten zum Stehen. Die Gruppe besetzte die Gleise auf einer geraden Strecke kurz vor dem münsteraner Stadgebiet, etwa 1 km hinter einer Abzweigung, bei der der Zug verlangsamen musste und informierte die Polizei. Angesichts des heranrollenden Castors versuchten zunächst zwei Polizeibeamte mühsam die Sitzblockade zu räumen, was aber misslang, da die weggetragenen DemonstrantInnen umgehend auf die Gleise zurückkehrten. Schliesslich kam der Transport Aug in Aug mit den AktivistInnen zum Stehen. Als mehr Polizeikräfte als BlockiererInnen vor Ort waren, gaben die Klügeren nach. Was folgte waren Personalienaufnahme, mehrstündige Ingewahrsamnahme + ED Behandlung, Beschlagnahme von Transparenten und Fotomaterial. Mit dieser Behandlung der AktivistInnen schien die Polizei sich zu bemühen, im Einklang mit den verschärften Maßnahmen zur "Inneren Sicherheit", wie sie sich seit einigen Wochen abzeichnen, vorzugehen. Um 13 Uhr verliess die letzte Demonstrantin das Polizeipräsidium Münster. Alle Beteiligten sind wohl auf und haben durch die Aktion jede Menge Motivation für den weiteren Widerstand gegen Atomanlagen gewonnen.

25. September

Der Kampf für ein soziales und kulturelles Zentrum geht weiter!

Solidarität mit den beschuldigten BesetzerInnen!

Seit über drei Jahren bemühen sich politisch aktive Menschen um den Aufbau eines sozialen und kulturellen Zentrums in Münster. Wir wollen einen selbstverwalteten, unkommerziellen, antirassistischen und offenen Raum schaffen, in dem Möglichkeiten für soziale Kontakte, (inter-)kulturellen Austausch und Kreativität bestehen und wo Konzerte, Kleinkunst, Ausstellungen, Informations-/ Diskussionsveranstaltungen und vieles mehr stattfinden können. Mit diesem Zentrum wollen wir zudem eigene Räume für Frauen, Ateliers sowie Versammlungsräume für Flüchtlinge, Therapiegruppen und allgemein politische oder kulturelle Gruppen (z.B. Bands) anbieten. Auch ein kommunikatives Café mit der Möglichkeit, preiswert zu Essen und zu Trinken, soll eingerichtet werden.

Da es in Münster keinen derartigen sozialen Treffpunkt gibt und von den Regierenden nichts in dieser Richtung zu erwarten ist, hat eine Gruppe am 31. Dezember 1999 die leer stehende Uppenbergschule besetzt und so einen Freiraum geschaffen, der sechs Wochen ausgiebig und gerne von verschiedensten politischen und künstlerischen Gruppen und sozialen Bewegungen genutzt wurde, bis die Stadtregierung in ihrem hinterwäldlerischen Konservatismus Mitte Februar 2000 die AktivistInnen aus dem Gebäude zwang und dieses sofort sinnlos abriess,

obwohl es mindestens zwei weitere Jahre leer gestanden hätte. Die Stadt sagte mündlich zu, sich um ein adäquat großes Ersatzobjekt zu kümmern, hat diese Absprache jedoch bis heute nicht eingehalten.

Am 13. April 2001 wurde daher das ehemalige Gesundheitsamt in der Robert-Koch-Straße besetzt, um dort die von vielen Menschen unterstützte Zentrums-idee zu realisieren. Wiederum nutzten mehrere Hundert Menschen sofort die neue Initiative und besuchten Konzerte, Informationsveranstaltungen, Hausplena oder trafen sich im provisorischen Café. Obwohl die BesetzerInnen verhandlungsbereit waren, wurde von Seiten der Stadt in ihrer provinziellen Kontinuität auf Eskalation gesetzt und die AktivistInnen nach einer Woche von der Polizei genötigt, das Haus zu verlassen. Das Gebäude steht seitdem wieder ungenutzt leer.

Die Besetzungen der Uppenbergschule und des ehemaligen Gesundheitsamtes in der Robert-Koch-Straße, die immer friedlich und mit Rücksicht auf die Nachbarschaft durchgeführt wurden, haben durch die intensive und solidarische Beteiligung verschiedener Gruppen bewiesen, dass ein sozio-kulturelles Zentrum in Münster essentiell fehlt und dass eine basisorientierte Organisation sehr gut funktioniert... wenn die Stadtregierung nicht stören würde.

Den Verantwortlichen der Stadt scheinen eine konservative Law-and-order-Haltung und die Aussicht auf Spekulationsgewinne wichtiger zu sein als die Bedürfnisse und das gesellschaftliche Engagement von Menschen, die in dieser Stadt leben. Da wird lieber verdrängt, zerstört und kriminalisiert! Da wird lieber in Allianz mit der münsteraner Wirtschaft die Vertreibung aller "unliebsamen" - weil nicht finanzkräftigen - Personen, Läden und Gruppen aus dem City-Bereich vorangetrieben. Münster soll offenbar entsprechend den globalen Trends "durchkapitalisiert" werden, wobei bezahlbarer Wohnraum zugunsten der ökonomischen Interessen Weniger plattgemacht wird. Legitime Initiativen der Bevölkerung werden so verhindert und sogar kriminalisiert.

REPRESSION gegen die BesetzerInnen der Robert-Koch-Straße

Nachdem das ehemalige Gesundheitsamt im April 2001 etwa eine Woche besetzt und genutzt worden war, wurde früh morgens den 15 Personen, die sich im Haus befanden, von der Polizei mitgeteilt, sie könnten nach Feststellung der Personalien frei abziehen. Als die Betroffenen darauf eingegangen waren und das Haus verlassen hatten, brach die Polizei ihre Zusage. Ein Gefangenenebus fuhr vor, alle wurden festgenommen, stundenlang im Polizeipräsidium festgehalten und erkennungsdienstlich behandelt. Nun sollen sie von der Staatsanwaltschaft Münster kriminalisiert werden - es wurden 600 DM pro Person per Strafbefehl, insgesamt 9000 DM, angeordnet. Personen, die Widerspruch einlegten, werden nun mit Prozessen konfrontiert. Die Stadt will an den Beschuldigten politisch ein Exempel statuieren.

Gemeint sind damit jedoch alle, die ein soziales Zentrum fordern, alle die diese Stadt progressiv verändern wollen!

Wir fordern die Stadt auf, die Strafanzeige zurückzunehmen sowie die vollständige Herausgabe der erkennungsdienstlichen Unterlagen durch die Polizei!

Wir fordern weiterhin eindringlich die Stadt auf, der Bewegung für ein sozio-kulturelles Zentrum das Haus in der Robert-Koch-Straße zu überlassen oder uns ein angemessenes Ersatzobjekt vorzuschlagen!

Wir rufen alle dazu auf, für die BesetzerInnen zu spenden und gemeinsam mit uns den Kampf für ein selbstverwaltetes Zentrum weiterzuführen!

Die Stadtregierung ist nun ein drittes Mal vor die Wahl gestellt, den legitimen Raumbedürfnissen eines breiten Spektrums dieser Stadt nachzukommen oder ein weiteres Mal ihr eingeschränktes Weltbild, das auf Ausgrenzung, Spießertum und Verherrlichung des Privateigentums beruht, zu bestätigen.

**HER MIT DEN FREIRÄUMEN!!! SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE!!!**

Spendenkonto: Schwarz-Rote-Hilfe, Stichwort "Zentrum", Kontonr.: 282052468 Postbank Dortmund BLZ 440 100 46 Kontakt: "Onkel Heini", c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster

19. September

Randalierer festgenommen

Die beiden stark angetrunkenen Männer hatten nach Angabe der Polizei gestern abend in Münster ausländerfeindliche Parolen gegrölt. Als ihnen eine ausländische Familie entgegenkam, sollen sie den Arm zum Hitlergruß erhoben haben. (WN/WDR)

31. August

Massenabschiebungen nach Jugoslawien geplant?

Grün uniformierte und bewaffnete Truppen ziehen durch Münster und nehmen jedeN 300. EinwohnerIn mit? Udenkbar oder nächsten Monat?

In den letzten Tagen haben zahlreiche Roma aus dem Kosovo, Serbien und Montenegro Ausreiseaufforderungen und Abschiebungsandrohungen erhalten, mit Fristsetzung für die freiwillige Ausreise Ende September oder Anfang Oktober. Das gilt für Münster wie auch für einige andere Städte. Die Versendung ist nicht flächendeckend aber auch nicht systematisch (z.B. nach Aufenthaltsdauer, Berufstätigkeit, Alter), was darauf schließen lässt, dass weitere derartige Briefe folgen werden.

Zur Rechtslage:

Minderheiten aus Serbien und Montenegro werden nur geduldet, weil sich die BR Jugoslawien bisher geweigert hat - trotz Rücknahmeabkommen mit Deutschland -, diese wieder aufzunehmen. Dazu ist Jugoslawien jetzt grundsätzlich bereit.

Minderheiten aus dem Kosovo sind durch einen Erlass der Innenminister vor Abschiebung ins Kosovo geschützt. Verhandlungsbzw. derzeit unklar ist jedoch, ob die BR Jugoslawien in absehbarer Zeit auch die Minderheiten aus dem Kosovo aufnimmt (z.B. gegen großzügige wirtschaftliche Hilfe).

Zu Münster:

In Münster leben weit über 1000 jugoslawische Roma, vor allem aus dem Kosovo, Genauere Zahlen sind nicht bekannt. Einige haben einen Aufenthaltsstatus, viele jedoch nur eine Duldung und somit jederzeit abschiebbar, wenn keine rechtlichen oder faktischen Hindernisse vorliegen. Auch nur wenige, willkürlich verteilte Abschiebungsandrohungen lösen große Ängste aus - wahrscheinlich nicht unberechtigt. Andererseits bietet die große Zahl der möglichen Betroffenen und die noch größere Zahl von Verwandten, FreundInnen und UnterstützerInnen die Chance, auf breiter Basis Widerstand zu organisieren.

21. August

Gutscheinpraxis eingeschränkt

Die Stadt hat entschieden, nur maximal 18 Monate lang Gutscheine an Flüchtlinge auszugeben, und ab dann nur noch Bargeld. Für die meisten der derzeit rund 700 Betroffenen heißt das: ab Oktober keine Gutscheine mehr. Allerdings werden an die meisten jugoslawischen Roma nach wie vor nur die gekürzten Sätze nach §1a AsylbLG gezahlt, da weiterhin wirtschaftliche Gründe für die Einreise unterstellt werden.

Anfang August

Nachtrag: Naziübergriffe

Das waren also in den letzten drei Monaten zwei Fälle in Nienberge und einer sonstwo in der Stadt. Bei letzteren handelte sich es um einen Illegalisierten, der angegriffen wurde, sich jedoch verständlicherweise nicht an die Polizei oder die Presse wenden konnte. (Apoplex)

Anfang August

Mehrere Nazi-Übergriffe in Münster

In der Nacht vom Donnerstag, den 2.8., auf Freitag, den 3.8., kam es in Münster zu gewalttätigen Übergriffen durch Nazis. Die Gruppe bestand aus fünf Männern zwischen 17 und 27 Jahren und begann ihre "Tour" stark alkoholisiert und ausgehend vom "Internationalen Studentenwohnheim" in der Isolde-Kurz-Straße. Laut den Angaben in den hiesigen Medien ereignete sich der erste Vorfall gegen 23 Uhr an einer nahegelegenen Bushaltestelle. Dort pöbelten die Faschos einen 19-jährigen Libanesen und einen 18-jährigen Portugiesen an und bewarfen sie mit einer Bierflasche, die ihr Ziel glücklicherweise verfehlte. Gegen zehn nach eins wurde die Gruppe von einer Polizeistreife überprüft. Außer der Kontrolle der Personalien und der Sicherstellung eines Teleskopschlagstockes kam es jedoch zu keinerlei weiteren Konsequenzen für die Gruppe, die daraufhin weiterzog. Um viertel nach drei kehrte ein 39 Jahre alter Nigerianer in seine Wohnung im Studentenwohnheim zurück- die Tür war eingeschlagen, der Boden mit einem riesigen Hakenkreuz bemalt und die Fußmatte mit Ketchup und Zahnpasta beschmiert. Als dieser darauf an die Tür seiner Nachbarin klopfte, rief diese nach dem Öffnen laut: "Da steht ein Nigger vor der Tür!", worauf die Nazis sich auf dem Flur versammelten, den Mann beschimpften und einer von ihnen gegen seinen Oberschenkel trat. (linke Seite)  
Gegen den beim Staatsschutz reichlich bekannten 17-jährigen wurde Haftbefehl erlassen (Lokalpresse).

Ende Mai

Ermittlungen gegen Castor-Gegner eingestellt

Zwei Ermittlungsverfahren wegen gefährlichem Eingriff in den Schienenverkehr gegen Münsteraner Atomkraftgegner, die während des jüngsten Castor-Transports auf einer Bahnüberführung am Kaiser-Wilhelm-Ring ein Transparent zeigten, wurden eingestellt.

Ende Mai

Flüchtlinge am Bahnhof festgenommen

Eine Gruppe von acht Personen, die als ReferentInnen auf dem Weg zu einer Veranstaltung in Bonn waren, wurde vom BGS festgenommen. Mehr...

19. April

Hausräumung in Münster

Gegen 7 Uhr morgens kamen die Bullen und steckten die sechzehn anwesenden BesetzerInnen in einen Bus und verschleppten sie ins Polizeipräsidium, anstatt wie vorher angekündigt an Ort und Stelle die Personalien aufzunehmen. Der Gesprächstermin mit der Stadt am heutigen Nachmittag ist offenbar nicht ernst gemeint gewesen. Mehr...

17. April  
Aufruf zum 1. Mai  
Vom Bündnis gegen Arbeit Mehr...

13. April  
Hausbesetzung in Münster  
Die BesetzerInnen wollen ein selbstverwaltetes kulturelles und soziales Zentrum schaffen. Zur Zeit tägliche Veranstaltungen, tägliche Räumungsgefahr.

17. April  
Aufruf zum 1. Mai  
Liegenbleiben am 1. Mai 2001! Für das Recht auf Faulheit! Geld für alle, denn es ist genug da! Für ein garantiertes Grundeinkommen! In welchen Zeiten leben wir, daß Politik nur noch mit Verleumdungen und Populismus betrieben wird? Daß sich Minderheiten und sozial Schwächergestellte ständig irgendwelchen niveaulosen Unterstellungen ausgesetzt sehen und sich für ihre eh' schon hoffnungslose Lage auch noch rechtfertigen müssen? Wir leben in einem Land, in dem die Umwelt, die Lebensgrundlage aller Menschen, durch die Industrieproduktion versaut wird. Und durch den Konsum, denn Autofahren z.B. verursacht mit am meisten Dreck. Und wehrt man sich dagegen, indem man z.B. gegen einen Atommülltransport protestiert, so wird man noch als Terrorist beschimpft und von der Polizei zusammengeschlagen. Die Fabriken aber produzieren immer mehr, was unsere Lebensgrundlage zerstört. Und die Unternehmer, v.a. die Bankiers und Großkapitalisten, verdienen immer mehr Geld, weil immer weniger Rücksicht genommen wird. Rücksicht z.B. auf die Gesundheit der Menschen, auf ihre Bildung, auf soziale Gerechtigkeit, auf die jungen Generationen, auf Kinder und Familien und auf ein sinnvolles, natürliches Miteinander. Und was tun die Gewerkschaften? Nichts! Gewaltpotentiale werden produziert, Sozialneid entfacht. Einsame Spitze hierbei sind die "Spitzenpolitiker". Ob Neid auf Asylbewerber, auf sog. Ausländer oder ob Haß auf Obdachlose – keine Schublade ist den Politikern zu platt. Und wenn der Bundeskanzler "unter 3,5 Mio. Arbeitslose bis zur nächsten Wahl" verspricht, so ist das keine Meisterleistung, sondern dann hat man sich an derlei "Wunder" dank 16 Jahren Kohlscher Massenarbeitslosigkeit schon gewöhnt. Und sollte das bis 2002 nicht klappen, liegt's an der "Faulheit der Arbeitslosen". Und was tun die Gewerkschaften? Nichts! Das Gesetz unserer Gesellschaft heißt: Jeder braucht einen, auf den er treten kann! Und die Politiker sorgen ständig für Nachschub. Kaum erklärt Schröder, daß es "kein Recht auf Faulheit in dieser Gesellschaft" gibt, schließt sich Stoiber an und stößt ins selbe Horn. Als nächstes läßt Schily "erkennbare Faulenzer" durch seine Bundesgrenzschutzleute vom Gehweg prügeln, wetten? Aber langsam muß Schluß sein! Wollen wir uns denn noch länger für dumm verkaufen und uns noch länger gegeneinander aufhetzen lassen? Nur damit "die da oben" in aller Ruhe regieren, d.h. abkassieren können? Seit 100 Jahren ist die Wochenarbeitszeit kaum mehr gesunken! Die Menschen werden tagtäglich mit Arbeitsterror und –hetze abgestumpft, überfordert und eingemacht. Die Kapitalisten verdienen immer mehr, und die einfachen Leute lassen sich das Geld durch die Inflation, durch gesteigerte Preise (!) wieder aus der Tasche ziehen, für das sie mühsam arbeiten mußten. Große Konzerne dürfen Fusionieren, aber der kleine Mann und die kleine Frau dürfen sich kaum von ihrem Arbeitsalltag erholen. Sie müssen wie ihre Großeltern und Urgroßeltern malochen, und haben am Ende immer noch zu wenig. Schluß damit! Freizeit für alle! Arbeitszeit radikal verkürzen! Freizeit genießen! Mal so richtig ausspannen! Für das Recht auf Faulheit! Für ein garantiertes Grundeinkommen! Denn es ist genug Geld für alle da! Und wer nicht "faul" sein will, soll schufteln gehen, sich aber nicht beschweren, wenn er das Leben verpaßt! Packt die Politiker und Gewerkschaften in die Mottenkiste! Denn wir kommen alleine klar! Bleibt am 1.Mai zuhause und laßt es Euch mal so richtig gut gehen! V.i.S.d.P.: Bündnis gegen Arbeit